



Protokoll der 55. Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodenseekonferenz (IPBK)

Datum: Freitag, 25. Juni 2021
 Zeit: 09.30 bis 11.30 Uhr
 Ort: Aula Pädagogische Hochschule St.Gallen,
 Marienberg, Seminarstrasse 27, 9400 Rorschach

St.Gallen, 19. August 2021

Vorsitzender

Walter Gartmann, Kantonsrat Kanton St.Gallen

Teilnehmende

Delegierte

St.Gallen	Claudia Martin, Kantonsratspräsidentin Walter Gartmann, Vorsitzender IPBK 2021, Kantonsrat Sandro Hess, Kantonsrat Robert Raths, Kantonsrat
Appenzell AR	Claudia Frischknecht, Kantonsratspräsidentin Daniel Bühler, 1. Vizepräsident des Kantonsrats Margrit Müller, Kantonsrätin, Delegationsleiterin Sabrina Baumgartner, Leiterin Parlamentsdienst
Vorarlberg	Harald Sonderegger, Landtagspräsident Hubert Kinz, Abgeordneter Christoph Metzler, Abgeordneter Heidi Schuster-Burda, Abgeordnete Borghild Goldgruber-Reiner, Landtagsdirektorin
Baden-Württemberg	Muhterem Aras, Landtagspräsidentin Nese Erikli, Mitglied des Landtags Martin Hahn, Mitglied des Landtags Guido Wolf, Mitglied des Landtags Manuela Göbbel, Referentin für europäische Angelegenheiten
Bayern	Karl Freller, Erster Vizepräsident Andreas Jäckel, Mitglied des Landtags Florian Siekmann, Mitglied des Landtags Sarah Heidenreich, persönliche Referentin des Ersten Vizepräsidenten
Liechtenstein	Gunilla Marxer-Kranz, Landtagsvizepräsidentin, Delegationsleiterin Albert Frick, Landtagspräsident Nadine Gstöhl, Stv. Abgeordnete Thomas Rehak, Abgeordneter Josef Hilti, Landtagssekretär
Appenzell IR	Theres Durrer-Gander, Grossratspräsidentin

Schaffhausen	Josef Würms, Kantonsratspräsident Lorenz Laich, Kantonsrat Markus Müller, Kantonsrat Kurt Zubler, Kantonsrat Nadine Frei, Stv. Leiterin Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen
Thurgau	Brigitte Kaufmann, Grossratspräsidentin Gallus Müller, Kantonsrat Norbert Senn, Kantonsrat
Zürich	Benno Scherrer, Kantonsratspräsident Esther Guyer, 1. Vizepräsidentin des Kantonsrates Yvonne Bürgin, Kantonsrätin Moritz von Wyss, Generalsekretär Parlamentsdienste

Referenten / Gäste

- Horst Biedermann, Rektor Pädagogische Hochschule St.Gallen (für Traktandum 2)
- Prof. Dr. Alain Thierstein, Professor für Raumentwicklung, Lehrstuhl für Raumentwicklung, Technische Universität München (für Traktandum 3)
- Manfred Kopf, Vorsitzender ROK-B, Überörtliche Raumplanung, Amt der Vorarlberger Landesregierung (für Traktandum 4)
- Ueli Strauss, externer Projektleiter (für Traktandum 4)
- Benedikt van Spyk, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der IBK und Staatssekretär Kanton St.Gallen (für Traktandum 8)
- Sarah Hauser, Leiterin Aussenbeziehungen, Staatskanzlei Kanton St.Gallen (für Traktandum 8)

Geschäftsführung / Protokoll

- Matthias Renn, Geschäftsführer, Parlamentsdienste St.Gallen
- Biondina Muslii, Protokollführerin, Parlamentsdienste St.Gallen

Entschuldigt

Josef Büchelmeier, Geschäftsführer ISB

Inhaltsverzeichnis

1	Begrüssung durch den Vorsitzenden	4
2	Information über den Konferenzort	4
3	Referat «Was macht einen erfolgreichen Metropolitanraum aus?»	5
4	Referat «Aufgaben und Projekte ROB-B» und «Zielbild Raum und Verkehr»	6
5	Genehmigung des Protokolls der 54. Sitzung vom 16. Oktober 2020	7
6	Informationen und Anträge aus dem Steuerungsausschuss	7
7	Bericht der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich/Fluglärm und Verabschiedung der Resolution	7
8	Information der IBK	10
9	Informationen des Internationalen Städtebundes Bodensee (ISB)	12
10	Verschiedenes	12

1 Begrüssung durch den Vorsitzenden

Walter Gartmann, Vorsitzender der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK) begrüsst die Teilnehmenden zur 55. Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz in den alten Gemäuern der Pädagogischen Hochschule St.Gallen in Rorschach. Das Covid-19-Virus hat in der Schweiz, Österreich, Deutschland und Liechtenstein vieles verändert und physische Sitzungen lange verunmöglicht. Dank den warmen Temperaturen, den rückläufigen Zahlen und den schrittweisen Lockerungen und Öffnungen kann nun die Frühjahrskonferenz, zwar etwas verspätet, doch noch durchgeführt werden. Er bedankt sich bei seinem Team für die Organisation und den Durchhaltewillen.

Weiter stellt der Vorsitzende fest, dass annähernd alle Delegierten der Mitgliedsländer und Kantone vertreten sind, was zeigt, dass ein Austausch dringendst notwendig war und eine Rückkehr zur Normalität von vielen gewünscht wird. Die grosse Teilnahme ist ein Spiegelbild für die sehr gute Zusammenarbeit und den Zusammenhalt unter den Mitgliedsländern und -kantonen und soll einen Impuls für die Zukunft geben. In diesem Zusammenhang weist er auf die weiterhin noch geltenden Massnahmen an der Pädagogischen Hochschule hin, insbesondere die Maskenpflicht und Hygienevorschriften. Während der Konferenz ist es erlaubt, die Maske abzuziehen.

Er begrüsst folgende Persönlichkeiten:

- Benedikt van Spyk; Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der IBK, zusammen mit Sarah Hauser, Leiterin Aussenbeziehungen, Staatskanzlei Kanton St.Gallen
- Horst Biedermann, Rektor Pädagogische Hochschule St.Gallen
- Alain Thierstein, Professor am Lehrstuhl für Raumentwicklung der Technischen Universität München
- Manfred Kopf, Vorsitzender der ROK-B sowie
- Ueli Strauss, externer Projektleiter für das Zielbild Raum und Verkehr.

Die eingeladenen Herren für die Traktanden 2, 3 und 4 sind bis nach ihrem Referat anwesend und verlassen danach die Konferenz. Entschuldigt für die heutige Sitzung hat sich Josef Büchelmeier, Geschäftsführer ISB, er lässt aber alle herzlich grüssen.

Die vom Steuerungsausschuss festgelegte Tagesordnung liegt Ihren Unterlagen bei. Sofern niemand das Wort zur Tagesordnung wünscht, ist diese genehmigt.

2 Information über den Konferenzort

Der Vorsitzende begrüsst Horst Biedermann, Rektor Pädagogische Hochschule St.Gallen.

Horst Biedermann: Ausführungen gemäss Präsentation (Beilage 03).

Fragen

Muhterem Aras: Spielt Diversität eine Rolle und wie ist der Umgang mit Medien und Digitalisierung? Wir haben Nachholbedarf: Wie gehen sie damit um?

Horst Biedermann: Die Digitalisierung ist ein grosses Thema. Der Kantonsrat beschloss eine IT-Bildungsoffensive im Umfang von 75 Mio. Franken, davon werden 20 Mio. Franken der Volksschule zugesprochen. Wir haben diesbezüglich entsprechende Modelle in

der Weiterbildung der Lehrpersonen und den Medien eingeführt. Dabei wird nur in Konzepte investiert.

Diversität ist auch ein grosses Thema, war es immer schon. Mit der Digitalisierung können wir der Diversität mehr gerecht werden. Es stellt sich die Frage, wie wir die Digitalisierung/Technologien nutzen können, um den gesellschaftlichen Notwendigkeiten gerecht zu werden? Die Schule in zehn Jahren wird meiner Meinung nach kaum mehr so sein, wie wir sie heute kennen. Es findet ein grosser Paradigmenwechsel statt. Schulische Räume werden in Zukunft andere Formen annehmen, das hat auch mit Diversität zu tun. Wie sieht unsere Welt in zehn Jahren aus? Wir müssen immer versuchen, eine oder zwei Generationen voraus anzuschauen.

Muhterem Aras: In der Pandemiezeit haben bei uns festgestellte Erkenntnisse gezeigt, dass rund 20 Prozent der Personen (Schülerinnen und Schüler) zu Hause nicht erreicht wurden. Diese Personen waren völlig abgehängt. Wie war die Situation in der Schweiz?

Horst Biedermann: In der Schweiz sieht es diesbezüglich etwas besser aus. Die Schülerinnen und Schüler wurden im internationalen Vergleich – vor allem auch im deutschsprachigen Raum – sehr rasch wieder in die Schulen zurückgeholt. Auch in der Schweiz gibt es natürlich Nachweise, dass nicht die gleichen Prozesse stattgefunden haben, wie wir sie erwarten konnten, wenn die Schülerinnen und Schüler in der Schule gewesen wären. Sie sind jedoch nicht so tiefreichend wie in anderen Ländern.

Thomas Rehak: Bezüglich der Digitalisierung in Schulen ist es eine Herausforderung, die verwendeten Instrumente und Mittel auch datenschutzkonform umzusetzen. In Deutschland gab es bereits Entscheide, viele Tools nicht zu benutzen, da diese nicht datenschutzkonform wären. Wie reagiert man da und wie werden die Lehrer entsprechend ausgebildet? Was sind die Ideen?

Horst Biedermann: Das ist eine zentrale Frage und ein grosses Projekt. Die Rektorenkonferenz hat dieses initiiert und Prozesse sind im Gange. Es bestehen aber noch keine Lösungen. Ich war lange im skandinavischen Raum tätig. Dänemark ist im Bereich der Digitalisierung sehr fortgeschritten, vor allem juristisch gesehen. Für die Transformation muss immer auch die Gesellschaft mitgenommen werden. Ein Rest-Risiko bleibt immer, aber es ist ein interaktiver Prozess. An unterschiedlichen Hochschulen verbieten wir auch unterschiedliche Lehrmittel und unterschiedliche Geräte. Da sind wir auch im Kanton St.Gallen noch nicht perfekt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Biedermann.

3 Referat «Was macht einen erfolgreichen Metropolitanraum aus?»

Der Vorsitzende begrüsst Prof. Dr. Alain Thierstein, Professor für Raumentwicklung am Lehrstuhl für Raumentwicklung der Technischen Universität München.

Alain Thierstein: Ausführungen gemäss Präsentation (Beilage 04).

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Thierstein.

4 Referat «Aufgaben und Projekte ROB-B» und «Zielbild Raum und Verkehr»

Der Vorsitzende begrüsst Manfred Kopf, Vorsitzender ROK-B und Ueli Strauss, externer Projektleiter.

Für die neuen Delegierten macht der Vorsitzende eine kurze Einleitung. Die Resolution der Arbeitsgruppe, welche Walter Freund, Kantonsrat St.Gallen, präsierte, wurde an der Herbstkonferenz der IPBK 2018 im Kanton Schaffhausen verabschiedet. Die Resolution liegt den Unterlagen bei (Beilage 06). Ziel soll sein, dass das Zielbild Raum und Verkehr noch im 2021 beschlossen wird, somit würde sich der Kreis im Kanton St.Gallen schliessen. Das wäre der Wunsch des Kantons St.Gallen.

Manfred Kopf und Ueli Strauss: Ausführungen gemäss Präsentation (Beilage 05).

Walter Gartmann, Vorsitzender: Vielen Dank für die Ausführungen. Gerne möchte ich noch etwas klarstellen: Wir werden heute nicht das Zielbild bestimmen können. Es gilt seitens der IPBK die zehn Delegierten für das Hearing am 24. September 2021 zu bestimmen, Ziel ist es, dass aus jedem Mitgliedsland oder -kanton mindestens eine Person teilnimmt. Jene Mitgliedsländer oder -kantone, die sich noch nicht festgelegt haben, sollen sich beim Geschäftsführer, Matthias Renn, möglichst zeitnah melden. Ich schlage vor, dass wir die Delegation heute in Globo bestätigen. An der Herbstkonferenz am 15. Oktober 2021 wird dann über das Resultat des Hearings berichtet und wie wir gehört haben, soll im Dezember 2021 das Zielbild Raum und Verkehr durch die IBK beschlossen werden. Die heutigen Fragen sollen sich somit auf das eben gehörte Referat beziehen.

Fragen

Kurt Zuber: Es wurde die Resolution aus dem Jahr 2018 erwähnt. Die Arbeitsgruppe hatte damals klar gefordert, so steht es auch in der Resolution, dass die IPBK auch in die Entwicklungsarbeit einbezogen werden sollte. Auch bei uns gibt es aktive Mitglieder in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die IPBK hat nach der Einreichung der Resolution immer wieder gefordert, mitwirken zu können. Ist da jemals etwas geschehen oder weshalb hat dies nicht stattgefunden?

Ueli Strauss: Ich habe viel Erfahrung mit Politikern. Politikern müssen Sie einen etwa 80 prozentigen Bericht abgeben, denn ansonsten würden wir wohl nie zu einem Resultat kommen. Es war schon schwierig mit den Fachleuten zu diesem Zielbild zu kommen. Es ist aber auch klar, dass nach dem Hearing nochmals daran gearbeitet wird, das ist selbstverständlich. Für die Erstellung des Entwurfs waren sämtliche Vertreter der Kantone und Länder mit dabei. Natürlich, es waren Fachpersonen und keine Kritiker. Das Zielbild ist ein Orientierungsraum, welches zwischen dem Raumkonzept Schweiz, der Raumkonzepte der Bundesländer oder der kantonalen Raumbilder liegt.

Folgende Personen melden sich für das Hearing: Karl Freller, Florian Siekmann, Sandro Hess, Harald Sonderegger, Christoph Metzler, Martin Hahn, Margrit Müller, Therese Durzer, Gallus Müller, Markus Müller. Die weiteren Personen werden noch gemeldet.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Herren Kopf und Strauss.

5 Genehmigung des Protokolls der 54. Sitzung vom 16. Oktober 2020

Das Protokoll der 54. Sitzung der IPBK vom 16. Oktober 2020 wird ohne Änderungen genehmigt und den Verfassern verdankt.

6 Informationen und Anträge aus dem Steuerungsausschuss

Der Vorsitzende erstattet Bericht zu den offenen Pendenzen. Einige Pendenzen wurden nun bereits behandelt, darauf wird nicht mehr eingegangen.

Grenzüberschreitende Verständigung der Polizei im Fall von Not- und Unfällen auf dem Rhein

Die IPBK Delegierten des Kantons St.Gallen haben dazu im November 2020 einen parlamentarischen Vorstoss eingereicht, welchen die Regierung im Februar 2021 beantwortet hat.¹ In Ihrer Antwort weist die Regierung darauf hin, dass die Thematik die gesamte Bodenseeregion beschlägt. Aus diesem Grund ist es zielführend, in der IBK gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Die Thematik der Funkkommunikation auf dem Bodensee wurde denn auch bereits im Ständigen Ausschuss der IBK vom 18. März 2021 diskutiert. Vertreter der Kantonspolizei St.Gallen und Schaffhausen wurden dazu eingeladen, Stellung zu nehmen und zwei St.Galler Kantonspolizisten bereiten das Thema nun auf. Die IPBK wird das Thema weiterhin pendent halten.

Baustoffgewinnung bzw. Verkauf und Export von Kies im Bodenseeraum

Nach Rücksprache mit dem Delegierten Martin Hahn, Baden-Württemberg, wird die Thematik in der Herbstkonferenz aufgenommen.

Neophyten

Am 14. Juni 2021 wurde die Einladung zum Expertinnenaustausch der exekutiven Ebene im Management von problematischen Neophyten den Delegationssekretariaten zugestellt. Der Expertinnenaustausch zum Thema Neophyten findet am 9. Juli 2021 im Hotel Gasthof Löwen in Feldkirch-Nofels statt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Vorarlberger Kollegen für die Organisation des Austausches und hofft, dass auch alle zuständigen Verwaltungs-Expertinnen in ihren jeweiligen Regierungsämtern teilnehmen werden. Die Pendezenz ist erledigt.

7 Bericht der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich/Fluglärm und Verabschiedung der Resolution

Walter Gartmann, Vorsitzender: Die Arbeitsgruppe, unter dem Präsidium von Markus Müller, Schaffhausen, wurde an der Frühjahrskonferenz der IPBK 2017 im Fürstentum Liechtenstein gegründet. Das Ziel der Arbeitsgruppe war, eine Auslegeordnung aus Sicht von Parlamentariern zu machen und Anregungen zu geben, die Diskussion wiederaufzunehmen und Lösungen anzustreben. Es war bewusst nicht das Ziel, das seit Jahren andauernde Problem und die einhergehende Missstimmung lösen zu wollen. Dazu wurden der

¹ Interpellation 51.20.78 «Verständigung bei internationalen Polizeieinsätzen auf Grenzgewässern».

Arbeitsgruppe fünf Aufträge erteilt und mit dem Entwurf einer Resolution zur Behandlung in der IPBK hat sie somit sämtliche Aufgaben erledigt.

Nun wird Markus Müller, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich/Fluglärm die Arbeit der letzten Jahre kurz zusammenfassen und den Entwurf präsentieren. Im Anschluss hat die IPBK folgende Möglichkeiten:

- Variante 1: Verabschiedung der vorliegenden Resolution und Auflösung der Arbeitsgruppe
- Variante 2: Rückzug der Resolution und Auflösung der Arbeitsgruppe
- Variante 3: weitere Änderungen durch die Arbeitsgruppe vornehmen und im Herbst Resolution erneut vorlegen und dann verabschieden
- Variante 4: Resolution anpassen und heute verabschieden und Auflösung der Arbeitsgruppe

Der Steuerungsausschuss steht allen Varianten gegenüber offen, macht aber klar, dass die Arbeitsgruppe noch in diesem Jahr aufgelöst werden soll. Er erhofft sich, dass eine Einigung gefunden wird und das ursprüngliche Ziel «die Diskussion wiederaufzunehmen und Lösungen anzustreben» mittels einer Resolution erreicht wird.

Markus Müller: Wir müssen die Gruppe dieses Jahr abschliessen, denn nächstes Jahr bin ich nicht mehr dabei, meine Amtszeit in der IPBK läuft ab. Es geht mir wie Ueli Strauss, denn die Formulierung ist oft das grösste Problem, sie ist in Deutschland oft anders als in der Schweiz und dies gilt es zusammenzuführen.

Zum berechtigten Vorwurf, es habe keine Sitzungen stattgefunden: Das ist richtig. Es haben tatsächlich keine Sitzungen stattgefunden. Es konnte keine Sitzung durchgeführt werden, weil aus Baden-Württemberg niemand anreisen konnte.

Auf Schweizer Seite wurde getagt und ein Vorschlag aus Schweizer Sicht liegt vor (Beilage 02): Es wurde allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe zugestellt und um Stellungnahme gebeten. Dies ist jedoch fehlgeschlagen. Die Landratspräsidentin wurde per E-Mail orientiert und nochmals gebeten, Stellung zu nehmen. Die E-Mail ging aber an eine falsche Adresse und es hat sich wieder alles verzögert. Wir konnten nun erst gestern Abend darüber reden. Ich glaube aber immer noch daran, dass wir eine Lösung finden können und sollten. Mit der jetzigen Ausgangslage kann der Flughafen Zürich umgehen. Und deshalb besteht aus der Schweiz kein grosses Interesse, im Thema vorwärtszukommen. Auch die Anflughöhe über dem Süddeutschen Raum ist kein Problem für die Fliegerei. Technisch bedingt macht es aber mehr Lärm, je höher geflogen wird. Dies wurde diskutiert.

Für die Schweiz ist der Staatsvertrag vom 4. September 2012 wichtig, dieses Abkommen wurde zwar vom Ministerrat bewilligt aber vom Landtag nicht unterzeichnet. Der zweite Knackpunkt ist die Pistenverlängerung und die Routen-Entflechtung. Dies muss aus Sicherheitsgründen gemacht werden, denn wir wollen keinen zweiten Unfall «Überlingen» im IPBK Raum.

Schlussendlich geht es darum, Rechtssicherheit zu bringen und deshalb muss ein Staatsvertrag abgeschlossen werden. Die Resolution strebt lediglich dies an, sie schlägt keine Lösung vor. Und insbesondere darum wird keine einzige Zahl in der Resolution genannt. Seitens Baden-Württemberg wird immer wieder die Stuttgarter-Erklärung ins Spiel gebracht, welche regelt, dass es nur 80'000 Bewegungen geben darf. Aber diese Zahl wird schon seit langem überschritten. Die Resolution will, dass genau darüber gesprochen werden soll.

Ein weiterer Grund, weshalb nicht getagt wurde, war der Personalwechsel in der Arbeitsgruppe. Gestartet waren wir mit neun Delegierten, an der letzten Sitzung waren wir zu

siebt und im Moment sind es nur noch drei Personen. Es sollte darum heute dringend verbindlich mitgeteilt werden, mit wem wir sprechen können.

Die Resolution habe ich an der letzten Konferenz ausführlich erläutert, diese liegt auch den Unterlagen bei. Sie haben es heute Morgen von Prof. Thierstein gehört, Netzwerke zu erhalten ist wichtig. Flugplätze gehören dazu, das zeigte auch Folie 11 seiner Präsentation. Wir sind drei Hightech-Länder, die auch in Zukunft nach der Pandemie auf internationale globale Verbindung angewiesen sind. Eine Zusammenarbeit dieser drei Orte Stuttgart, München und Zürich ist für eine gute Entwicklung erforderlich.

Wir haben in der Einleitung gewisse Grundsätze festgehalten und verstehen, wenn Baden-Württemberg nicht mit allem einverstanden ist. Mit der Einleitung wollten wir aufzeigen, dass alle diesen Flugplatz wollen. Wie sie das wollen, ist der Diskussionspunkt. Darüber sagt die Resolution richtigerweise nichts aus, darüber muss man noch sprechen. Jedoch muss grundsätzlich Konsens darüber herrschen, dass der Flugplatz gewollt ist, auch die Arbeitsplätze gesichert werden möchten und dies genau jetzt, in dieser Pandemiezeit. Diese Haltung ist mit den Landräten aus Waldshut, Konstanz und Schwarzwald-Baar abgesprochen. Wir haben uns sehr intensiv ausgetauscht. Wir haben sehr viel von den Gesprächen und Rückmeldungen einfließen lassen und aufgenommen und einen Kompromiss gefunden.

Die vorliegende Resolution ist ein gutes Angebot, um einen Weg zu öffnen und aufzuzeigen, wie wir weitermachen können und worüber wir uns weiter unterhalten wollen. Wir möchten den Weg gemeinsam gehen und weiterkommen. Ich bitte, realistisch zu sein und die Wirtschafts- und die Technologiestandorte im Auge zu behalten. In diesen wird auch der Flugplatz Friedrichshafen einbezogen. Auch bitte ich um Verständnis auf deutscher Seite, dass die Lärmempfindlichkeit auf Schweizer Seite genauso gross ist. Es muss eine faire Lösung geben. Wichtig ist jedoch der dritte, revolutionäre Punkt. Damit werden wir viele Bürgerinnen und Bürger sowie Bürgergruppen abholen können. Mit einer Regionalkonferenz, wie wir sie im Atomendlager haben, sollen alle vom Lärm betroffenen Personen miteinbezogen werden. Das ist ein grosser Schritt. Wir als Arbeitsgruppe erwarten kein Lob, aber wir dürfen stolz auf dieses Angebot sein.

Im dritten Teil der Resolution werden einige Dienste oder Tipps aufgeführt, welche beigezogen werden können und es wird aufgezeigt, wo die technischen Möglichkeiten liegen, die man beiziehen soll. So wie das Projekt «Single European Sky», wäre die Resolution ein guter Schritt in die Zukunft. Es wäre darum schade, wenn Baden-Württemberg hier nicht mitmachen würde.

Es wäre nun von Vorteil, sich physisch zusammzusetzen und den vorliegenden Text gemeinsam zu besprechen, auch unter Einbezug der erwähnten Landräte.

Diskussion

Muhterem Aras: Ich habe keine Frage, sondern nur ein paar Anmerkungen, warum wir den Beschluss vertagen wollen. Ich danke Markus Müller für die Arbeit und das Verständnis, warum wir heute noch keine Stellung beziehen können. Zum einen hatten wir keine Chance in der Arbeitsgruppe mitzuwirken, nicht, weil wir nicht wollten, sondern dies war Pandemiebedingt nicht möglich. Zwar liegt nun eine überarbeitete Version vor, unsere Delegation war aber nicht an der Erarbeitung beteiligt. Zum anderen, das wurde ausgeführt, besteht die Stuttgarter-Erklärung und den Beschluss des Landtags. Die Debatte kommt seit Jahren nicht voran, wir sind aber bereit, das intern zu diskutieren, dass wir in der Arbeitsgruppe zusammenkommen und diskutieren. Ich bin zuversichtlich, dass wir einen Weg finden werden. Wir können heute dieser Resolution nicht zustimmen, also möchte ich das Thema gerne auf den Oktober vertagen.

Zudem möchte ich noch darauf hinweisen, dass die E-Mail bei uns leider unterging. Diese wurde Ende Mai zugestellt, aber aufgrund der Neuwahlen und der anschliessenden Konstituierung hätten wir auch keine Zeit gefunden. Daher bitte ich um Verständnis.

Walter Gartmann, Vorsitzender: Dazu habe ich vollstes Verständnis. Mir ist es wichtig, dass wir bis zur nächsten Konferenz etwas unternehmen.

Müller Markus: zur Stuttgart-Erklärung: Wir haben das zur Kenntnis genommen, aber das darf nicht Bestand der Resolution sein. Die Mitglieder haben klar gesagt, dass sie aufgrund von Wahlen usw. keine Stellung beziehen können. Das darf aber nicht immer der Grund sein, warum man keine Stellungnahme abgeben kann. Wir haben die Resolution gesendet und als Antwort erhalten: «Wir geben keine Stellungnahme, weil wir nicht dabei waren». Hätte eine Stellungnahme mit Korrekturen stattgefunden, wären wir heute schon weiter. Wichtig für uns ist nun aber, dass Baden-Württemberg an einer weiteren Sitzung teilnimmt und sich einbringen kann.

Walter Gartmann, Vorsitzender: Mir ist es ein grosses Anliegen, dass nun eine Sitzung stattfinden wird, sodass wir an der Herbstkonferenz darüber befinden können. Es sollen möglichst alle Delegationen vertreten sein. Folgende Delegierten werden an der Sitzung teilnehmen: Yvonne Bürgin, Walter Späth, Robert Raths, Daniel Bühler, Nese Erikli, Markus Müller, Gallus Müller. Appenzell Innerrhoden, Bayern, Liechtenstein und Vorarlberg verzichten auf eine Teilnahme. Markus Müller wird einen Termin suchen und für eine Sitzung einladen.

Ich bedanke mich bei Markus Müller für die immense Arbeit und deinen langen Schnauf. Dank deinem Fachwissen und dem nötigen Netzwerk hast du die Arbeitsgruppe umsichtig geführt und das Ziel fast erreicht.

8 Information der IBK

Der Vorsitzende begrüsst Benedikt van Spyk, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der IBK und Staatssekretär Kanton St.Gallen und Sarah Hauser, Leiterin Aussenbeziehungen, Staatskanzlei Kanton St.Gallen

Benedikt van Spyk, Staatssekretär: Für den Vorsitz des Kantons war es ein spezielles Jahr. Wir haben als Regierung als Ziel eine Schwerpunktplanung erarbeitet und ein Handlungsprinzip dabei ist, Vernetzung fördern und Kooperationen stärken. Die IBK ist ein sehr zentraler Raum, in dem wir uns engagieren möchten. In diesem Sinne haben wir dieses Vorsitzjahr auch sehr engagiert an die Hand genommen. Es ist uns wichtig, diesen Dialog, dieses Verständnis und diesen gegenseitigen Austausch sowie auch das gegenseitige Verständnis der verschiedenen Kulturen, der verschiedenen Arbeitsweisen und Lösungsfindungen zu spüren. Es freut mich, diesen Geist auch hier zu spüren. Das ist schlussendlich was verbindet und deshalb ist dieser Austausch so zentral.

Die IBK hat das Ziel, den Dialog und die Vernetzung zu fördern. Ich möchte ihnen einen Einblick geben, wo wir mit der IBK Strategiebearbeitung stehen. Die IBK Strategie läuft bis 2022 und wir sind in der Auswertung und der Planung der Bearbeitung der nächsten Strategie. Was wir bisher feststellen konnten ist, dass einige Themen der Strategie gesetzt sind. Wir haben einen grossen Fokus, der auch in dieser Strategie enthalten ist und um die Zusammenarbeit auf den Boden zu bringen, müssen wir ins Detail gehen. Dies ist die Schwierigkeit. In den allgemeinen Grundsätzen sind wir uns schnell einig, aber wenn es

ins Detail gehen soll, wird es anspruchsvoll. Ein wesentliches Ziel ist es, nicht neue Themen und neue strategische Felder zu öffnen, sondern der Frage nachzugehen, wie wir diese strategischen und diese übergeordneten Themen zusammenbringen. Das Zusammenbringen von top-down und bottom-up versuchen wir einerseits mit dem Regierungschef und der Konferenz, die in den Kommissionen und hier aufgenommen werden. Damit möchten wir die Zusammenführung der strategischen und die konkreten Ebene fördern. Das ist ein Anliegen bei der Aufsetzung der Strategie.

In diesem Zusammenhang versuchen wir natürlich das Jubiläumsjahr zu nutzen. Es ist uns nicht entgangen. Der Vorsitz wird dann der Kanton Appenzell Ausserrhoden haben, das Thema Mobilität ist jedoch bereits gesetzt. Sehr faszinierend an unserem Raum ist das grosse Potenzial in diesem Bereich. Es ist nicht abschliessend erschlossen, da sind wir uns einig. Ein zentrales Element, um dieses zu erschliessen, ist die Mobilität. Es hat darin Themen bezüglich Nachhaltigkeit und Erreichbarkeit. Es ist sicher auch ein Ziel der Strategieprozesse, dass wir Elemente und Impulse aus diesem Jubiläumsjahr für die weitere Bearbeitung konkret aufnehmen können. Mit der erweiterten Troika soll ein institutionelles Gefäss gebildet werden, um diese Punkte vornehmen zu können. In diesem Zusammenhang ist auch ein weiteres Element wichtig für die Strategieerarbeitung, nämlich den Einbezug der IPBK, welche über den Vorsitzenden sichergestellt wird. Wir steigen in diesen Modus ein und wissen jetzt schon, dass uns das einen wesentlichen Schritt weiterbringen wird.

Etwas Institutionelles, das wir auch jetzt in der Pandemiezeit festgestellt haben, war die Verbindung der Länderebene und Kantonebene zur nationalen Ebene. Viele Themen, die uns einen Schritt weiterbringen, hängen auch davon ab, ob wir die Unterstützung auf nationaler Ebene für das Thema erhalten. Zumindest die politische Unterstützung muss gegeben sein. Dem Vorsitz ist es deshalb ein Anliegen, sich in Bundesbern und auch bei der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass sich die grenzüberschreitenden Beziehungen weiterhin auf einem guten Fundament entwickeln können. Nach dem Scheitern der Verhandlungen um das institutionelle Rahmenabkommen möchten wir uns auf nationaler Ebene und bei der Europäischen Union dafür einsetzen, dass die Bodenseeregion auf stabile Beziehungen angewiesen ist. Dabei wollen wir den Blick auf die Zukunft richten und davon absehen, gegenseitige Schuldzuweisungen vorzunehmen, sondern uns für konstruktive Lösungen einsetzen. Auf Massnahmen, welche das Potenzial für eine negative Dynamik im Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz haben, soll verzichtet werden.

Zur Pandemiezusammenarbeit: Die Länder der IBK können auf Grund ihrer Ressourcen im kurativen und öffentlichen Gesundheitswesen und bei gleicher Grundhaltung zu wichtigen strategischen Aspekten der Pandemiebekämpfung als funktionelle Einheit gesehen werden. Die Vernetzung der Systempartner mit Benennung von Ansprechpersonen und Institutionen zur Kontaktpersonennachverfolgung und für Meldewege war ein wichtiger Schritt. Das Interesse der Systempartner an Zusammenarbeit und Austausch im operativen Bereich ist gegeben, belegt durch die Inanspruchnahme regelmässiger, gemeinsamer Videokonferenzen und Beteiligung am für laufende Informationen eingerichteten digitalen Share Point. Als nicht realistisch hat sich hingegen der Wunsch nach einer gemeinsamen und abgestimmten Massnahmenplanung herausgestellt. Die IBK-Länder mit den jeweiligen regionalen Verwaltungseinheiten und auch die regionalen politischen Vertreter sind diesbezüglich von den Entscheidungen der nationalen Ebenen abhängig. Die dabei ge-

troffenen Festlegungen haben sich bekanntlich als sehr unterschiedlich und wenig abgestimmt präsentiert. Es ist wünschenswert, als Bodenseeraum in die Überlegungen der nationalen Ebenen einbezogen zu werden, um zumindest bei drängenden Fragen des Grenzregimes den Anliegen der Region Nachdruck verleihen zu können.

Aktuell wird in allen Staaten und auch auf europäischer Ebene an digitalen Zertifikaten gearbeitet, die auch international gültig sein sollen. Diese digitalen Zertifikate wurden bereits gestartet (Österreich), befinden sich in Pilotanwendung (Schweiz) oder starten in Kürze (Deutschland). Den Rückmeldungen der nationalen Stellen zufolge scheint es der Fall zu sein, dass die Regelungen untereinander kompatibel sein werden und dass die jeweiligen digitalen Zertifikate oder Nachweise auf Papier mit QR-Code gegenseitig lesbar sein sollen. Ob die gegenseitige Anerkennung wirklich reibungslos funktioniert, muss der Praxistest in den nächsten Wochen zeigen.

Fragen

Harald Sonderegger: Ich möchte ein Dankeschön in Richtung IBK für diesen Bericht aussprechen. In den letzten Jahren wurden einige Themen durch die IPBK angestoßen und der IBK mitgegeben. Nach schwierigen Phasen scheint nun doch viel Bewegung und ein guter Austausch stattgefunden zu haben. Ich bin sehr froh, dass die IPBK und die IBK, also die Legislative und die Exekutive, in diesem Jahr nun zusammengefunden haben und dass dieser Weg so gemeinsam weiter bestritten wird.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn van Spyk und Frau Hauser.

9 Informationen des Internationalen Städtebundes Bodensee (ISB)

Walter Gartmann, Vorsitzender: Josef Büchelmeier musste sich leider für die Konferenz abmelden. Leider konnte er auch keinen Ersatz finden. Er lässt uns aber alle grüssen und freut sich auf die Herbstkonferenz. Gerne teile ich Euch in seinem Auftrag mit, was der ISB im ersten Halbjahr für einen Schwerpunkt hatte:

Im Mai 2021 wurde ein Appell der ISB an die IBK für eine einheitliche Regelung der grenzüberschreitenden Mobilität in der Bodenseeregion eingereicht. Der ISB bietet an, sich für eine geeignete Lösung in der Region einzusetzen und Möglichkeiten zu unterstützen. Eine Möglichkeit dazu könnte z.B. der Greenpass sein, der es Einwohnerinnen und Einwohnern oder auch Touristen von grenznahen Gebieten erlaubt, an Veranstaltungen teilzunehmen.

10 Verschiedenes

Margrit Müller, des. Vorsitzende Appenzell Ausserrhoden: Ich gebe gerne die Daten vom Kanton Appenzell Ausserrhoden für das kommende Jahr 2022 bekannt (Beilage 08):

- Frühjahrskonferenz: 28./29. April 2022
- PräsidentInnentreffen: 17. Juni 2022
- Herbstkonferenz: 20./21. Oktober 2022

Walter Gartmann, Vorsitzender: Ich danke für die Information und bitte alle, sich die Termine bereits einzutragen. Gerne möchte ich an dieser Stelle alle für die 56. Konferenz der IPBK am 14./15. Oktober 2021 einladen. Die Konferenz wird am Walensee stattfinden.

Nun wünsche ich allen beste Gesundheit, einen sonnigen Sommer und dass alle als Gemeinschaft gestärkt aus der Krise in die Zukunft gehen. Ich danke für die grosse Teilnahme, die spannenden Diskussionen und wünsche eine gute Heimreise.

Der Vorsitzende schliesst die Sitzung um 11.30 Uhr.

Beilagen

mit der Einladung bereits zugestellt:

1. Protokoll der Herbstkonferenz 2020 vom 16. Oktober 2020 inkl. Beilagen
2. Resolution der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich/Fluglärm

Beilagen gemäss Protokoll:

3. Präsentation Biedermann
4. Präsentation Thierstein
5. Präsentation Kopf/Strauss
6. Resolution Zielbild Raum und Verkehr
7. Papier Arbeitsgruppe Fluglärm
8. Termine IPBK 2022